

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frank Rinck und der Fraktion der AfD – Drucksache 20/8770 –

Deutsche Pflichtbeiträge an die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen und mögliche Konsequenzen aus deren Verwendung

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Bundesregierung überweist aus Steuermitteln jährlich einen höheren Geldbetrag als Pflichtbeitrag an die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) in Rom. Gleichzeitig wird aber die Kritik in den Medien über das Geschäftsgebaren der FAO unter dem chinesischen Präsidenten und seinen Direktoren immer deutlicher (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/kritik-an-chinas-einfluss-in-der-welternahrungorganisation-19018146.html).

Ebenso werden aus vielen Ländern Nahrungsmittel oder Agrarrohstoffe nach Deutschland importiert, welche nicht nach europäischen bzw. deutschen Standards produziert werden und/oder bedenkliche Pflanzenschutzmittel enthalten (www.topagrar.com/oekolandbau/news/biolebensmittel-aus-china-der-tuerkei-und-indien-oft-belastet-10562242.html; www.tagesschau.de/investigativ/mdr/un-organisation-fao-china-pestizide-100.html).

Gleichzeitig werden nach Ansicht der Fragesteller mit der FAO-Strategie geopolitische Interessen von China im weltweiten Ernährungs- und Agrarsektor durchgesetzt, und Deutschland zahlte in den letzten Jahren jährlich mehr als 100 Mio. Euro an die FAO (www.tagesschau.de/investigativ/china-un-welternahrungorganisation-fao-100.html).

1. Wie viel Millionen US-Dollar bzw. Euro sind in den letzten drei Jahren von der Bundesregierung an die FAO gezahlt worden?

Deutschland trägt nach einem Verteilungsschlüssel der Vereinten Nationen 6,1 Prozent des Haushalts der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). Die daraus resultierenden Pflichtbeiträge sind je zur Hälfte in Euro und USD zu zahlen. In den letzten drei Jahren erfolgten folgende Zahlungen als Pflichtbeiträge:

Jahr	EUR (in Mio.)	USD (in Mio.)
2020	11,464	16,488
2021	11,464	16,488
2022	11,464	16,488

2. Aus welchem Haushalt wurden diese Millionen geleistet?

Es wird auf die Antwort zu Frage 11 verwiesen.

3. Unterliegen diese Millionen einer deutschen, staatlichen Kontrolle bei der Verwendung dieser Mittel in den unterschiedlichen Fachbereichen der FAO, und wenn ja, mit welchen Kontrollmethoden werden diese Kontrollen durchgeführt?

Die Pflichtbeiträge fließen in den Kernhaushalt der FAO. Dieser unterliegt der Kontrolle der in der Verfassung der FAO vorgesehenen Leitungsgremien der Organisation (Governing Bodies). Deutschland wirkt als Mitglied der FAO Konferenz sowie des FAO Rats (Sitz mit Unterbrechungen) daran mit. Die Kontrollmethoden der FAO-Leitungsgremien sind in den allgemeinen Regeln der Organisation festgelegt (FAO Basic texts Volume I, Abschnitt B.).

4. Ist der Bundesregierung bekannt, welche FAO-Agrarprojekte mit chinesischer Beteiligung in den letzten fünf Jahren gefördert wurden, und wenn ja, welche sind dies (bitte einzeln auflühren)?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über einzelne FAO-Agrarprojekte mit chinesischer Beteiligung vor.

5. Hat die Bundesregierung Kenntnisse über Pestizidlieferungen von chinesischen Agrarunternehmen, die in der EU verboten sind und von der FAO gefördert wurden (www.tagesschau.de/investigativ/mdr/un-organisation-fao-china-pestizide-100.html)?

Der Bundesregierung ist die zitierte Berichterstattung bekannt. Darüber hinaus hat die Bundesregierung keine Kenntnisse über derartige Lieferungen.

6. Ist der Bundesregierung bekannt, wie viel Prozent von Syngenta dem chinesischen Staatskonzern Chem China gehören (www.chemietechnik.de/markt/china-macht-syngenta-zum-weltgroessten-agrochemie-konzern.html), und wenn ja, sieht sie einen Interessenkonflikt, wenn Syngenta Agrarchemikalien an FAO geförderte Agrarprojekte liefert (www.tagesschau.de/investigativ/mdr/un-organisation-fao-china-pestizide-100.html)?

Der Bundesregierung liegen darüber keine Kenntnisse vor.

7. Ist der Bundesregierung bekannt, welche Agrarchemikalien, produziert von Syngenta, für FAO-Projekte eingekauft worden sind (wenn ja, bitte ausführen; utopia.de/news/fragwuerdige-pestizide-wieso-gibt-die-un-organisation-fao-sie-massenhaft-frei/)?

Es wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen. Der Bundesregierung liegen darüber hinaus keine Kenntnisse vor.

8. Kann die Bundesregierung als viertgrößter Beitragszahler zur FAO mehr Einfluss bei der Mittelverwendung der von Deutschland überwiesenen Beiträge erlangen, und wenn ja, wie (rom-io.diplo.de/fao-de/vereinte-nationen-in-rom/-/1334658)?

Es wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

9. Werden nach Kenntnis der Bundesregierung von der FAO entlang der „Neuen Seidenstraße“ Agrarprojekte gefördert, und wenn ja, welche (www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/china-10-jahre-neue-seidenstrasse-100.html)?

Es wird auf die Antworten zu den Fragen 4 und 5 verwiesen.

10. Sind 3 700 Personen als Mitarbeiter der FAO in Rom nach Meinung der Bundesregierung bei einer sparsamen Haushaltsführung angemessen (www.proplanta.de/Agrifinder/Adresse/Food+and+Agriculture+Organisation+of+the+United+States+%28FAO%29_af1208857555.html)?

Angesichts des Mandats der FAO und der zuletzt von der FAO im Bericht „State of Food Insecurity“ (SOFI) veröffentlichten Zahlen der weltweit an Ernährungsunsicherheit und Unterernährung leidenden Menschen hält die Bundesregierung eine ausreichende Personalausstattung für unerlässlich.

11. Wieso ist das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft finanziell für die FAO zuständig, mit einer Belastung dessen Finanzhaushaltes, wenn die Finanzsituation im Haushalt in Deutschland zurzeit nicht ausreicht, den Agrarhaushalt stabil zu halten und die gemachten agrarpolitischen Versprechungen zu erfüllen (www.bundestag.de/dokument/e/textarchiv/2022/kw36-de-ernaehrung-landwirtschaft-903670; www.agrarheute.com/politik/agrarminister-gruen-schwarz-protestieren-gegen-sparhaushalt-610773)?

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) ist in der Bundesregierung federführend für die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) zuständig. Mit der Federführung einher geht die Zuständigkeit für die Pflichtbeiträge Deutschlands als FAO-Mitglied.

12. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fragesteller, dass durch den hohen Etat aus dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft für die FAO China gestärkt und ein globaler Streit bei UN-Organisationen finanziert werden könnte (www.swp-berlin.org/publikation/strategische-rivalitaet-zwischen-usa-und-china; www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/wie-china-einfluss-auf-die-un-ernaehrungsorganisation-nimmt,TiZjEiL)?

Die Auffassung, dass durch den hohen Etat aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium für die FAO China gestärkt und ein globaler Streit bei UN-Organisationen finanziert werden könnte, wird von der Bundesregierung nicht geteilt.

13. Ist die die Bunderegierung, speziell das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, bereit, zu den Zahlungen an die FAO zurzeit Interviews abzugeben, wenn ja, ab wann, und wenn nein, warum nicht (www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/wie-china-einfluss-auf-die-un-ernaehrungsorganisation-nimmt,TiZjEiL)?

Die Bundesregierung ist darauf bedacht, ihrer Informationspflicht und dem Informationsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger auch in Interviews nachzukommen.

14. Könnte sich die Bundesregierung vorstellen, die Zahlungen deutscher Steuergelder an die FAO vorläufig einzustellen, um mehr Transparenz zu erlangen (www.euractiv.de/section/ernaehrung-und-gesundheit/interview/un-beamter-eu-muss-umbau-des-welternaehrungssystems-vorantreiben/)?

Die Bundesregierung leistet Zahlungen an die FAO entsprechend ihrer Pflichten als Mitgliedstaat und Vertragspartner der Organisation. Zur Frage der Transparenz wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.